

Dresdner Volkszeitung

Veröffentlichung: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Am 14. November
zur Stadtverordnetenwahl
hat die SPD.
in Dresden
Liste 1

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Abdruck des einschlägigen Bringerlaß mit den wöchentlichen Beilagen "Lohn der Arbeit" und "Wohlfahrt und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummern 10 Pf.

Schriftleitung: Postfach 10, Fernsprecher Nr. 2591.
Hände nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftlicher Briefverkehr: Fernsprecher Nr. 25 201 und 12 707.
Schließzeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelverkaufspreis: Grundpreis: die 20 mm breite Monatshefte 30 Pf., die 20 mm breite Beilagehefte 150 Pf., für auswärtige Bezugsnehmer 30 Pf. und 2 Pf. Namtsengeld. Stellen- und Verlegetheile 40 Pf. Abonnt. Für Briefveränderung 10 Pf.

Nr. 255

Dresden, Montag den 1. November 1926

37. Jahrg.

Sächsische Parteizersplitterung

Eine Niederlage der Koalitionsparteien — Wahlerfolge der Kommunisten, der Wirtschaftspartei und der Aufwertungspartei — Schwierige Regierungsbildung

Wie vorauszusehen war, zeigt der gestern gewählte Landtag ein Bild hochgradiger Zersplitterung. Die Gesamtzahl der bürgerlichen Abgeordneten auf der einen und der Abgeordneten, die den Anspruch auf die Bezeichnung sozialistisch erheben, auf der andern Seite hat sich nur sehr wenig verschoben. Die Sozialdemokratische Partei hat nach den vorläufigen Berechnungen 31, die Kommunistische Partei 14 und die Alte Sozialdemokratie 4 Mandate.

Die Sozialdemokratische Partei, die bisher 41 Abgeordnete hatte, hat 4 Mandate an die Alte Sozialdemokratische Partei abgegeben, und die Kommunistische Partei, die ursprünglich mit 10 Mann und nach dem Uebertritt der Frau Schlog zur SPD. mit 9 Abgeordneten im Landtag vertreten war, gewann 5 Mandate gegenüber ihrem bisherigen Bestand.

Die Ursachen, die den Kommunisten ihren Zuwachs verschafften, liegen an der Hand. Große Massen unseres Volkes befinden sich infolge der großen Erwerbslosigkeit in einer verzweifeltsten Lage, und so ist es kein Wunder, daß der kommunistische Wortradikalismus bei ihnen noch immer Beifall findet. Wahrscheinlich hat auch die Zustimmung der preußischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Höhenzollenervergleich den Kommunisten manche Stimme zugeführt.

Die Erfolge der Alten Sozialdemokratischen Partei zählens bleiben weit hinter dem zurück, was diese Partei erwartete. Die Herren von der Alten Sozialdemokratischen Partei hatten große Grauden im Kopf. Sie glaubten, daß es ihnen gelingen werde, mindestens acht Mandate zu erobern, aber offenbar sind ihnen aus Arbeiterkreisen nicht allzuviel Stimmen zugesprochen. Ihre Stimmen dürften zum größten Teil von den Angehörigen der Mittelschichten stammen, die mit der Sozialdemokratie sympathisierten, ohne daß man sie als Sozialdemokraten bezeichnen konnte.

Jedenfalls ist es auch der Rechte-Partei sehr zugute gekommen, daß sie auf dem amtlichen Stimmzettel an erster Stelle stand. So mancher Wähler dürfte sich dadurch haben täuschen lassen. Der einzige bedeutende Erfolg, den die Alte Sozialdemokratische Partei erzielt hat, ist die Zerschlagung der proletarischen Mehrheit, denn die ASP. kann als proletarische Partei nicht mehr angesehen werden. Die Leute um Ruck und Reiche können stolz darauf sein, daß sie der Reaktion diesen Dienst geleistet haben.

Auf der bürgerlichen Seite ist der Hauptgewinner die Wirtschaftspartei, die im Landtag bisher noch gar nicht vertreten war und jetzt mit 10 Abgeordneten einziehen wird. Die alten bürgerlichen Parteien haben alle empfindliche Verluste erlitten. Von den bisher vorhandenen 8 Demokraten bleiben nur 5 übrig, von den 19 Deutschnationalen 14 und von den 19 Mandaten der Deutschen Volkspartei 12. Diese Entwicklung im bürgerlichen Lager ist recht charakteristisch. Weite Kreise des Unternehmertums haben nichts mehr für die Parteien übrig, die zwar auch stets Unternehmer- und Besitzinteressen vertreten, aber doch diese Interessen zu verbrämen suchten mit der Behauptung, daß sie keine Klassenparteien seien, sondern für die Volksgemeinschaft oder sonst irgendwelche Ideale kämpften. Ein großer Teil der bürgerlichen Wähler hat sich der Partei zugewandt, die schon in ihrem Namen klar und nüchtern ausdrückt, daß sie die Geschäfte der sogenannten Wirtschaft, d. h. die Geschäfte des Unternehmertums, betreiben will.

Der Sozialdemokratie kann diese Entwicklung nur recht sein. Von den 50 Mandaten, über die die bisherigen Koalitionsparteien verfügten, bleiben ihnen nur 21. Die Koalition hat also bei den Wahlen eine recht gründliche Niederlage erlitten.

Die Partei, die den idiosyncratischen Namen Aufwertungspartei trägt, hat immerhin so viel Wähler aufreiben können, daß sie über vier Züge im neuen Landtag verfügt, während die Hochkonjunktur der Völkischen und der Nationalsozialisten offenbar vorbei ist. Die Nationalsozialisten haben zwei Mandate erhalten, die Völkisch-Deutschnationalen fallen überhaupt vollständig aus.

Zurück, wie die künftige Regierung Sachsens aussehen wird, läßt sich zur Zeit kaum etwas sagen. Obgleich unter den 96 Abgeordneten des Landtags 49 sind, die sich sozialistisch nennen, kann von einer sozialistischen Mehrheit in

Die Parteien im neuen Landtag

Von den gestern gewählten 96 Abgeordneten des sächsischen Landtages sind nach den amtlichen Feststellungen

| | |
|----------------------|---------------|
| ASP. | 4 (bisher 23) |
| Deutschnationale | 14 (" 19) |
| Deutsche Volkspartei | 12 (" 19) |
| SPD. | 31 (" 18) |
| Kommunisten | 14 (" 9) |
| Demokraten | 5 (" 8) |
| Wirtschaftspartei | 10 (" keine) |
| Deutsch-Völk. | — (" ") |
| Zentrum | — (" ") |
| Nationalsozialisten | 2 (" ") |
| Aufwertungspartei | 4 (" ") |
| Hausbesitzerpartei | — (" ") |

Sachsen nicht mehr die Rede sein, denn es ist praktisch ausgeschlossen, daß eine Regierung zustande kommen könnte, die sich auf die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens, die Sozialdemokratische Partei und die Kommunisten stützt.

Andrerseits wird auch eine Mehrheit für eine bürgerliche Regierung nicht leicht zu finden sein. Es sei denn, daß sich alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme aufeinander finden und die ASP. sich diesem bürgerlichen Block anschließt. Wir glauben zwar, daß die ASP. in einer solchen Regierungsmehrheit brauchbar sein wird. Ob aber gleichzeitig die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei auf der einen Seite und die Aufwertungspartei auf der andern Seite brauchbare Mitglieder einer Regierungsmehrheit sein werden, ist zum mindesten sehr fraglich. Es kann leicht sein, daß dieser Landtag, weil in ihm eine Grundlage für eine arbeitsfähige Regierung kaum zu finden sein wird, keine allzu lange Lebensdauer hat.

Es ist ein Zeichen von der Kraft der proletarischen Bewegung, daß trotz allen Zwistigkeiten doch noch wie vor ein so großer Teil des sächsischen Proletariats der Sozialdemokratie treugeblieben ist. Zwar haben offenbar die durch die Zersplitterungsarbeit der Alten Sozialdemokraten hervorgerufenen Kämpfe so manchen verärgert, und mancher, der sonst sozialistisch gewählt hat, mag zu Hause geblieben sein, aber auch auf bürgerlicher Seite, wo der Wahlskampf diesmal ziemlich matt geführt wurde, war die Wahlbeteiligung gering. Während bei den Landtagswahlen im Jahre 1922 über 2 1/2 Millionen Stimmen abgegeben wurden und bei den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 2,6 Millionen

Stimmen, wurden diesmal nur 2,35 Millionen Stimmen gezählt.

Die große Stimmengahl, die die sozialistischen Parteien trotz der ungünstigen Umstände errungen haben, zeigen, daß es in Sachsen leicht sein müßte, eine feste proletarische Mehrheit zu erringen, die durch keinen bürgerlichen Ansturm erschüttert werden könnte. Voraussetzung dafür wäre aber, daß die sächsischen Proletarier einig wären und statt zum Bruderkampf all ihre Kräfte zum Kampf gegen den Klassenfeind verwendeten.

Der Ausgang der gegenwärtigen sächsischen Wahlen muß für die sächsische Arbeiterklasse eine Lehre sein. Das sächsische Proletariat kann aus Sachsen eine starke Festung des Sozialismus machen, wenn es lernt, einig zu sein.

Der Reichskanzler für große Koalition Misstrauen gegen die Deutschnationalen

M. Erfurt, 1. November. (Eig. Funkdruck.) Auf der Tagung des Parteiausschusses des Zentrums in Erfurt verurteilte Reichskanzler Marx am Sonntagabend, daß der Wiederaufbau nur auf der Grundlage der Weimarer Verfassung erfolgen könne. Die Zentrumspartei, die in der Weimarer Verfassung das Fundament des Staates sehe, lehne auf schärfste jene Verbände ab, die sich als Kampferbände gegen den Bestand der Republik wenden. Sie wünsche den Zeitpunkt herbei, wo die Methode, mit politischen Kampferbänden Politik zu machen, verschwinde. Das Reichsbanner, dessen Tätigkeit in den Monaten der Umsturzgefahr von rechts eine Notwendigkeit geworden war, werde dann die ihm gestellte Aufgabe zum Schutz der Verfassung auch gelöst haben.

Im Mittelpunkt der Beratungen des Parteiausschusses stand am Sonntag eine große politische Rede von Marx über die Außen- und Innenpolitik. Er bekannte sich dabei erneut für das Zentrum zur Verhängungspolitik und zu den Verhandlungen von Thoiry. Es stehe fest, das Deutschland die Befreiung des besetzten Gebietes verlangen kann, solange der richtige finanzielle Weg gefunden sein wird. Diese Regelung könne allerdings nicht von heute auf morgen erfolgen, da die in Thoiry vorgesehene Mobilisierung der Offenbarungsobligationen die Wirtshaft Amerikas voraussetze. Tiefe sei aber nur zu erreichen, wenn Frankreich vorher das Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten ratifiziere.

Zu der Frage einer Umbildung der Regierung im Reich und in Preußen erklärte Marx: Das Zentrum ist bereit, mit jeder Partei eine Regierung zu bilden, die gewählt ist, auf dem Boden der bestehenden Verfassung die Politik zu treiben, die bisher vom Zentrum als richtig anerkannt worden ist. Die Bemerkungen sowohl in Preußen wie im Reich, die Große Koalition herzustellen, werden vom Zentrum in ruhiger, sachlicher Weise beurteilt, werden aber nicht als politische Verhältnisse unterstellt. Die Sozialdemokratie wolle sich im Reich endlich klar darüber werden, ob sie die Politik, die sie im allgemeinen als richtig anerkennt, auch veranwortlich unterliegen wolle durch den Eintritt in die Regierung.

Die Deutschnationalen seien nicht nur bereit, in die Regierung einzutreten, sie hätten es sogar als ihr Recht hin, in die Regierung aufgenommen zu werden. Das Verhalten der Deutschnationalen habe aber dem Zentrum ein allzu großes und nur zu begründetes Misstrauen erweckt, ob sie sich nicht nur formal auf den Boden der neuen Verfassung stellen, sondern auch aus innerer Überzeugung entschlossen sind, die durch die Verfassung

Die Stimmengahl der Parteien

Dresden, 1. November. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis — keine Korrekturen können sich bei der Nachprüfung noch ergeben — verteilen sich die auf die einzelnen Parteien bei der gestrigen Landtagswahl abgegebenen Stimmen in ganz Sachsen wie folgt:

| | | | |
|---|---------|--|---------|
| 1. Alte Sozialdemokratische Partei | 98 026 | 7. Wirtschaftspartei | 237 462 |
| (1920: —; 1922: —; 1924: —) | | (1920: 17 724; 1922: 5137; 1924: 124 196) | |
| 2. Deutschnationale Volkspartei | 341 065 | 8. Völk.-soz. Arbeitsgemeinschaft | 10 382 |
| (1920: 434 298; 1922: 482 469; 1924: 546 964) | | (1920: —; 1922: 11 358; 1924: 15 384) | |
| 3. Deutsche Volkspartei | 292 079 | 9. Zentrum | 24 059 |
| (1920: 385 810; 1922: 474 708; 1924: 499 721) | | (1920: 22 731; 1922: 22 611; 1924: 25 893) | |
| 4. Sozialdemokratische Partei | 758 142 | 10. Nat.-soz. Arbeiterpartei | 87 786 |
| (1920: 874 510; 1922: 1 060 247; 1924: 936 206) | | (1920: —; 1922: —; 1924: 67 703) | |
| 5. Kommunistische Partei | 342 112 | 11. Aufwertungspartei | 98 258 |
| (1920: 177 470; 1922: 266 864; 1924: 294 458) | | (1920: —; 1922: —; 1924: 18 225) | |
| 6. Deutsche Demokratische Partei | 111 351 | 12. Hausbesitzer-Reichsverband | 7 027 |
| (1920: 159 801; 1922: 214 189; 1924: 192 032) | | (1920: —; 1922: —; 1924: —) | |

Bei der gestrigen Landtagswahl wurden abgegeben gültige Stimmen: Wahlkreis Dresden-Waagen 875 429, Wahlkreis Leipzig 649 098, Wahlkreis Chemnitz-Zwickau 888 172 Stimmen, zusammen 2 875 699 Stimmen.